



MAG. KLAUDIA TANNER  
BUNDESMINISTERIN FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

S91143/101-PMVD/2024

9. September 2024

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Krisper, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. Juli 2024 unter der Nr. 19285/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Wo bleiben Maßnahmen für Extremismusprävention bzw. Deradikalisierung?“ gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 bis 6a und 9:

Im Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) wurde eine Vielzahl an Maßnahmen zur Extremismusprävention und Deradikalisierung etabliert. Besonders hervorzuheben ist dabei die bereits im Jahr 2022 eingerichtete, sowohl aus ressortinternen als auch -externen Experten und Expertinnen bestehende Kommission zur Bekämpfung staatsfeindlicher Tendenzen. Ihr Aufgabenbereich umfasst die Ressortberatung durch eine systematische Evaluierung von möglichen verfassungsfeindlichen Tendenzen und ihrer Hintergründe innerhalb der Einrichtungen des BMLV und des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH), die Ressortunterstützung bei der historischen Aufarbeitung, die Analyse von Problemfeldern anhand ressortintern zur Verfügung gestellter Unterlagen und durch Befragung von Auskunftspersonen, die Abgabe von Empfehlungen für präventive und korrektive, kurz-, mittel- und langfristig umsetzbare Maßnahmen sowie die laufende Evaluierung der in Umsetzung befindlichen Vorschläge. Zudem wurde die Stabsstelle strategische Gleichstellung und Diversity Management eingerichtet, die im Zusammengang mit der Thematik „Umgang mit Extremismus“ Maßnahmen wider politisch und religiös motivierten Extremismus initiiert und evaluiert. Es werden alle Präventionsinitiativen durch aktive Beitragsleistung der Militärseelsorge und des Heeresgeschichtlichen Museums unterstützt, Disziplinarerkenntnisse anonymisiert kundgemacht und laufende Schulungen der Disziplinarbehörden abgehalten. Zudem wurden die gegenständlichen Themen in den Curricula der zivilen und militärischen Grundausbildungen verankert und die staatsbürgerschaftskundlichen und wehrpolitischen Stundenbilder überarbeitet. Vor allem bei Soldaten und Soldatinnen wird im Umgang mit Extremismus auch die Orientierung an

der Militärkultur und die Förderung demokratischer Werte berücksichtigt. Ziel ist dabei insbesondere die bewusste Identifikation mit der Militärkultur und die Förderung der tatsächlichen Integration von Soldaten und Soldatinnen mit Migrationshintergrund. Mein Ressort arbeitet zu dieser Thematik verstärkt mit polizeilichen bzw. justiziellen Dienststellen zusammen und pflegt einen verstärkten Austausch mit Straf- und Sicherheitsbehörden. Werden Einzelfälle der Radikalisierung bzw. im Zusammenhang mit Extremismus bekannt, wird zudem der Heerespsychologische Dienst eingebunden. Es ist dazu festzuhalten, dass mein Ressort selbstverständlich eine weitere (und erweiterte) interministerielle und interinstitutionelle Kooperation, insbesondere mit dem Bundesministerium für Inneres, der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst, dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium für Europäische und Internationale Angelegenheiten, dem Bundesministerium für Justiz, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung und dem Bundesweiten Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung sowie dem Integrationsbeirat und dem Integrationsfond, anstrebt. Da die Fragestellungen im Übrigen Maßnahmen betreffen, die nicht im Vollziehungsbereich meines Ressorts liegen und meinem Ressort zudem keine Information über den gesamtheitlichen Umsetzungsstand der im Nationalen Aktionsplan Extremismusprävention und Deradikalisierung genannten Maßnahmen vorliegt, ist eine darüber hinausgehende Beantwortung nicht möglich.

Zu 7 und 8:

Da diese Fragen keinen Gegenstand der Vollziehung meines Ressorts betreffen, ist eine Beantwortung nicht möglich.

Mag. Klaudia Tanner

